

Herrn Kreistagsvorsitzender Andé Stolz c/o Sitzungsdienst Harald Rubel Email: harald.rubel@rheingau-taunus.de

AfD Fraktion Rheingau Taunus

Postfach 14 39, 65 222 Taunusstein Fraktionsvorsitz: Klaus Gagel Fraktionsgeschäftsführung: Karl Mayer Bankverbindung:vr-bank Untertaunus IBAN: DE30 5109 0000 0069 1725 04 Taunusstein, den 31.08.2022

Antrag der AfD

Krisenvorsorge mit höchster Priorität

Der Kreistag möge beschließen:

44/22

Der Kreistag beauftragt den Kreisausschuss, umgehend einen Krisenstab "Versorgungssicherheit" einzurichten. Der Krisenstab soll in kurzen Abständen zusammenkommen. Ihm sollen einschlägig erfahrene Experten, sowie Vertreter der kreisangehören Städte und Gemeinden angehören, um die Koordination bis auf die lokale Ebene zu gewährleisten.

Dieser Krisenstab soll insbesondere folgende konkrete Anliegen sicherstellen:

- 1. Sicherstellung der Grundversorgung an Trinkwasser, Brauchwasser, Grundnahrungsmitteln, wärmenden Materialien, Licht und Medikamenten für den Fall eines "Blackouts",
- 2. Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, sowie der Telekommunikation für diesen Ernstfall,
- 3. Vernetzung der im Ernstfall benötigten Organisationen (v.a. THW, Polizei, Feuerwehren)
- 4. Unterstützung der Selbstorganisation der Bürger für die Krisenvorsorge,
 - a) durch engmaschige Information seitens der Kreisverwaltung,
 - b) durch Beratung und materielle Hilfeleistung an Selbsthilfeorganisationen für die Versorgung in den Gemeinden und Stadtteilen;
 - c) durch Bereitstellung von Räumlichkeiten zur Lagerung von Vorsorgegütern für Menschen, die keine Lagerkapazitäten haben.

Die finanziellen Prioritäten sollen, solange der Krisenfall droht, in allen Bereichen des Kreishaushalts diesem buchstäblich überlebenswichtigen Ziele untergeordnet werden.

Begründung:

AfD Fraktion im Kreistag des Rheingau Taunus

Postfach 14 39, 65 222 Taunusstein

eMail: fraktion@afdrtk.de
Facebook: www.facebook.com/afdrheingautaunus
Internet: www.afd-rtk.de

Seite 1/2



Der Kreistag hat in seiner Sitzung von 19.7.2022 beschlossen, dass die Katastrophenschutzplanungen unter Bedingungen der Energiekrise aktualisiert werden sollen.

Noch bevor die Ergebnisse entsprechender Simulationen oder Analysen bekannt sind, kann schon formuliert werden, dass es massive Anstrengungen brauchen wird, um die Reaktionsmöglichkeiten auf eine vergleichbare Skala mit der Größe der Gefahr zu bringen. Jahrelang wurden Bürger, die dies auf eigene Faust versuchten, als "Prepper" verunglimpft; nun zeigt sich, wie Recht sie hatten. Die kommunale Familie soll auf ihre Erfahrungen zurückgreifen und ihre Lösungen auch für Normalbürger verfügbar machen.

Ein notorisch unterschätztes Kapitel ist die Erwartbarkeit eines Zusammenbruchs der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in solchen Szenarien. Plünderungen könnten schon nach wenigen Tagen allgegenwärtig sein. Hiergegen muss die Abhilfe der Bürger auch in Selbthilfe organisiert werden.

Parallel dazu muss alles getan werden, um die Kapazitäten der professionellen Stellen (Polizei, Feuerwehren, THW) ausreichend schnell auf den massiv erhöhten Bedarf in derartigen Lagen anzuheben.

Gez. Klaus Gagel, Fraktionsvorsitzender

Seite 2/2